

Liebe Freundinnen und Freunde,

Vielleicht kann man sich im Jahr 2026 fragen, ob Anti-Atom-Arbeit in Deutschland noch relevant sei.

Die Weltlage lässt uns in Ost und West nur noch erschauern und innenpolitisch drohen die libertären Errungenschaften eines halben Jahrhunderts gerade vor die Hunde zu geraten. Der Klimaschutz spielt offensichtlich keine Rolle mehr und wer dachte, Atomkraft, das war gestern, muss feststellen, die Anti-Atom-Debatte ist hochaktuell.

Dabei war es auch damals vor 50 Jahren so, dass Atomkraft nur die Spitze eines Eisberges einer harten unnachgiebigen Politik war, welche die Interessen von Konzernen und der Industrie über die Interessen der Umwelt, der Natur und der Gesundheit der Menschen stellte. Die Argumente waren stets Arbeitsplätze und Einkommen - beide übrigens zwischenzeitlich eindrucksvoll widerlegt. Während nun aber das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit kräftig zulegte, wuchs der Wohlstand doch nur sehr mäßig - Folge: die steigende Ungleichheit.



Die Sorge vor wirtschaftlichem Abstieg und Zukunftsangst waren aber schon immer starke Motivationen, die Menschen veranlassten, den Mythen selbsternannter „Macher“ Glauben zu schenken und den Heilsversprechen durchsetzungsstarker Konzerne zu vertrauen. „Bürokratieabbau“ und „Planungsbeschleunigung“ sind die einschlägigen Schlagworte unserer Zeit, und befeuert wird eine Politik gegen die Natur von Populisten, die inzwischen 80 Prozent der politischen Tik-Tok - „Information“ einer ganzen Generation bestimmen.

Wir setzen dagegen weiterhin auf die komplexen und oftmals komplizierten Aushandlungsprozesse einer entwickelten Demokratie, die sich in Beteiligungsrechten, Klagerechten, kommunaler Selbstbestimmung, Föderalismus, unserem Selbstbestimmungsrecht sowie dem Recht auf Leben und Gesundheit und nicht zuletzt auch in der Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit äußern.

Während dieselben, die eben noch nach Putins Gas lechzten und nie aufgehört haben, sibirisches Uran zu kaufen, schon davon schwadronieren, am Gartenzaun jedes Rechenzentrums neue Minireaktoren errichten zu wollen, stehen an 16 Standorten in Deutschland noch ca. 1900 Behälter hochradioaktiver Strahlenmüll herum – in Gebinden, die ursprünglich in den 80'er Jahren für den Transport konzipiert wurden und deren Genehmigungen teilweise zwischenzeitlich ausgelaufen waren. Und bisher haben wohl nur wenige mitbekommen, dass mit Genehmigung vom August 2025 sogar Castortransporte wieder aufgenommen werden sollen, nämlich mit fadenscheinigen Begründungen vom Hochtemperatur-Kugelhaufenreaktor in Jülich in das marode Atommülllager Ahaus, dessen Genehmigung 2036 abläuft. Eine Klage des Umweltverbandes BUND gegen den unnötigen Transport mitten durch die Ballungsgebiete des bevölkerungsreichsten Bundeslandes hat das Verwaltungsgericht Berlin am Dreikönigstag als unzulässig abgelehnt, ohne den Inhalt der Klage überhaupt zu prüfen.

Der Zeitpunkt, an dem alle diese unzureichend gegen Störungen geschützten und ursprünglich nur für einige Jahrzehnte geplanten Lager zugunsten tiefeingeologischer „Endlagerung“ geräumt werden, verschiebt sich weiter nach hinten. Wir gehen inzwischen von bis zu einem Jahrhundert der Lagerzeit aus, stimmen aber nicht in den Chor derjenigen ein, die nun reflexartig Beschleunigung fordern. Denn wir befürchten, dass Eile bei der Endlagersuche letztlich auf Kosten der Sorgfalt und besonders zu Ungunsten der Beteiligung und der Klagebefugnisse gehen könnten.

Zusammen mit der bundesweiten Atommüllkonferenz, mit dem Atomausschuss des Kreistages und sogar mit der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen in Deutschland (ASKETA) sowie dem Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) ist es uns 2025 gelungen, das plural besetzte Nationale Begleitgremium (NBG) für die massive Problematik der wilden Zwischenlagerung zu sensibilisieren. Zu dem vom NBG in Berlin anberaumten Fachworkshop „Zwischenlagerung“ erschienen aber weder das eingeladene Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) noch die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Noch nicht einmal das Bundesumweltministerium hielt es für erforderlich, einen Vertreter zu entsenden, so dass die auf den Forderungen der Atommüllkonferenz basierenden Empfehlungen des NBG vorerst ungehört verhallten.

Die Veröffentlichungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu den aktuellen Arbeitsständen zur Suche nach einem Endlagerstandort blieben im November weit hinter unseren Erwartungen zurück. Wie die Entscheidungen zustande kamen, bleibt selbst für die gut informierte Öffentlichkeit undurchschaubar. Die „entscheidungserheblichen Daten“ wurden nicht bereitgestellt, angeblich, um den Zeitplan einhalten zu können. Im Hinblick darauf, dass das Standortauswahlgesetz am Ende nur einen einzigen Nachprüfauftrag zulässt, verheißt dies nichts Gutes. Und das Wendland ist auch nach dem November 2025 immer noch mit „Tertiärem Tongestein“ im Rennen.

Derweil hat die BGZ schon einmal eine vorlaufende Umweltverträglichkeitsprüfung für die Neugenehmigung der 2034 auslaufenden Zwischenlagerung in Gorleben auf den Weg gebracht; dabei ist entgegen jahrelanger Beteuerungen überhaupt nicht mehr von „Neugenehmigung“ die Rede, sondern durchgängig nur noch von „verlängerter“ Zwischenlagerung. Für welchen Zeitraum beantragt werden soll, darüber hält man sich auffällig bedeckt. Ein ebenfalls jahrelang in Aussicht gestelltes einheitliches Regelwerk zur Zwischenlagerung wird nicht zugrunde gelegt, man greift stumpf bei den nun anstehenden Standorten Gorleben und Ahaus auf den letztjährigen Beratungsstand der Entsorgungskommission zurück. Weil die beiden dünnwandigen, unzureichend geschützten Lager damit den Standard für alle weiteren Genehmigungen setzen, verheißt auch dies nichts Gutes.

Beim Scoping-Termin für den Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung in Salzgitter (trotz Protesten auch der Kommunalpolitik fand dieser nur Gorleben betreffende Termin nicht im Landkreis statt) wurde uns unmissverständlich klar gemacht, dass eigentlich nur geprüft werde, ob eine Amsel sich von der Baustellenbeleuchtung beim Brüten gestört fühle. Schon die Ablaufrinnen für Kerosin im Falle eines Flugzeugabsturzes unterliegen dieser Umweltverträglichkeitsprüfung nicht, weil ja nicht geplant sei, Flugzeuge auf das Atommülllager zu stürzen. Relevante Fragen der nuklearen Sicherheit im Rahmen der Sicherung gegen Krieg und Terror, sogenannte „Sonstige Einwirkungen Dritter“, sind überhaupt von der Prüfung ausgenommen und in den Sicherheitsbericht ausgelagert, welcher der unbedingten Geheimhaltung unterliegt und damit selbstredend der Beteiligung entzogen sein wird. Unsere Vorschläge, zu diesen für uns bedeutsamen Inhalten vertrauensvolle, schweigepflichtige Personen hinzuzuziehen - ein sogenanntes „In-Kamera-Verfahren“ - verhallen bislang gänzlich ungehört.

Die Antragstellerin BGZ hat uns lediglich Honig um den Bart geschmiert, indem sie angaben, die Beschränkung der Genehmigung auf 113 statt der vorhandenen 420 Castor-Stellplätze sei bereits ein Effekt unserer „Beteiligung“. Dabei gibt das Deutsche Atomgesetz seit 2014 unmissverständlich vor, dass abgebrannte Brennstäbe an den Standortzwischenlagern eingelagert werden müssen. Man stelle sich einmal vor, die BGZ hätte ernsthaft geplant, noch weitere 307 Castortransporte nach Gorleben vorzunehmen!

Unsere begründete Befürchtung: hier soll mitnichten ein Neuantrag gestellt werden für die bauliche Härtung des Lagers gegen die multiplen Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts, sondern es soll lediglich irgendwie der Nachweis erbracht werden, dass ein für 40 Jahre konzipiertes Bauwerk noch taugt, um es noch weitere Jahrzehnte durchzuschleppen. Vom beteiligten Bundesamt und den beauftragten Bundesgesellschaften und deren hauptamtlichen Fachleuten werden wir derweil mit zahlreichen Veranstaltungen zermürbt, welche die Bezeichnung „Beteiligung“ nicht verdienen. Allerdings müssen wir feststellen, dass man stets bemüht ist, uns Informationen und das Gefühl zu geben, dass wir „konsultiert“ werden und dies dann überschwänglich zu dokumentieren. So ganz wohl scheint es den Betroffenen in ihrer Haut auch nicht zu sein, denn es gibt ganz objektive Widersprüche im Flickwerk deutscher Atommüllpolitik. Aus unserer Sicht ist längst der Zeitpunkt gekommen, an dem die politisch Verantwortlichen Verantwortung übernehmen müssen.

Unser besonderer Dank gilt in erster Linie euch Mitgliedern, die ihr mit eurem Beitrag unsere ehrenamtliche Tätigkeit überhaupt erst ermöglicht.

So schreiten wir also im aufrechten Gang und mit klaren Zielen vor Augen in das 49. Jahr unseres Bestehens.